

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 24. Juni 2013

Verfasserin: Judith Bellaiche

Im Rahmen der Erneuerungswahlen für die Gerichte wurden unsere glp-Mitglieder Thomas Vesely und André Wenker neu zu Ersatzrichtern am Obergericht gewählt – herzliche Gratulation!

Aufbau eines kantonalen Netzes von Schnellladestationen für Elektrofahrzeuge (Barbara Schaffner)

Die Einzelinitiative möchte, dass der Kanton auf seinem Gebiet ein Netz von Schnellladestationen zum Auftanken von Elektrofahrzeugen errichtet. Die Grünliberalen sind zwar der Meinung, dass es nicht eine staatliche Aufgabe sein kann, ein solches Netz aufzubauen. Dieses sollte von den Tankstellenbetreibern selbst gefördert werden. Wir haben den Vorstoss aber unterstützt, auch wenn es vorerst nur darum geht, die Handlungsoptionen des Kantons zu prüfen. Weil die Grünen jedoch keine Unterstützung leisteten, wurde die Initiative abgelehnt.

Schluss mit Bauzonen für Einfamilienhäuser (Andreas Hasler)

Diese Einzelinitiative soll ein- und zweigeschossige Bauzonen verbieten und andererseits die Ausnützung bei mehrgeschossigen Bauzonen erhöhen. Im Kontext des verdichteten Bauens haben wir Grünliberale Sympathien mit dem Anliegen des Initianten. Allerdings führen diverse Überlegungen dazu, die Initiative nicht zu unterstützen. Einerseits wäre die Umsetzung nicht nur für Neueinzonungen, sondern auch auf bestehende Zonenordnungen der Gemeinden vorgesehen, was ein gewaltiger Eingriff in die bestehende kommunale Raumplanung wäre. Eine höhere Ausnützung für mehrgeschossige Zonen würde auf der anderen Seite eine Nutzungsintensität mit sich führen, die nicht überall erwünscht wäre, wie z.B. an peripheren Lagen. Auch hier kam die Unterstützung nicht zustande.

Änderungen des Aufnahmeverfahrens an Mittelschulen – Abschaffung Gymiprüfung (Andreas Erdin)

Diese Parlamentarische Initiative hatte in der Presse bereits im Vorfeld für Aufsehen gesorgt: die Initianten möchten auf die Aufnahmeprüfungen fürs Gymnasium verzichten, weil sie zu einer Verzerrung der Leistung führe. Eine Beurteilung der Leistung während eines längeren Zeitraums sei nachhaltiger als die kurz antrainierten Prüfungsergebnisse. Allerdings hat dieses Anliegen einen gewaltigen Haken: ohne Aufnahmeprüfung würden die Gymnasien regelrecht überrannt mit Gymischülern. Nebst der organisatorischen Unmöglichkeit dieser Konsequenz, würden rund die Hälfte dieser Schüler alsdann das Gymnasium ein halbes Jahr später wegen nicht-bestandener Probezeit wieder verlassen müssen, was aus pädagogischer – und menschlicher – Sicht, ausgesprochen fragwürdig wäre. Nicht zuletzt auch aus Sorge nach der Verwässerung des gymnasialen Niveaus lehnen die Grünliberalen diese PI ab.

Mit 61 Stimmen kam die vorläufige Unterstützung jedoch äusserst knapp zustande.

Das heisst jetzt aber nur, dass die Kommission für Bildung und Kultur darüber beraten muss. Das heisst aber nicht, dass die Gymiprüfung nun abgeschafft wird, wie verschiedene Medien bereits titeln, denn dafür braucht es 90 und nicht 61 Stimmen.

Stärkung der universitären Unabhängigkeit, Transparenz über Interessenbindungen (Andreas Erdin)

Gleich zwei Geschäfte betreffend die Uni Zürich beschäftigten den Rat: während das erste zum Ziel hat, dass finanzielle Unterstützungen durch Dritte (Sponsoring) offengelegt werden, verfolgt das zweite Transparenz über Interessenbindungen der Lehrpersonen. Beide Initiativen wurden von uns Grünliberalen unterstützt, da eine erhöhte Transparenz dem Öffentlichkeitsprinzip entspricht und auch qualitätssteigernd ist. Beide Geschäfte erhielten vom Rat die vorläufige Unterstützung.

Beibehaltung der Prämienregionen der Krankenkassen (Eva Gutmann)

Das dringliche Postulat forderte, dass die bestehenden drei Regionen (Stadt Zürich, Stadt Winterthur mit 36 Agglomerationsgemeinden und die übrigen Gemeinden) beibehalten werden sollen, um die Unterschiede in den Gesundheitskosten korrekt abzubilden. Die Grünliberalen sind ebenfalls für eine verursachergerechte Prämiengestaltung, allerdings ist das Postulat zum jetzigen Zeitpunkt überflüssig, denn der Regierungsrat erhebt zu diesem Zweck die entsprechenden Daten. Gestützt darauf sollen alsdann die Prämien und Prämienregionen festgesetzt werden, weshalb wir – mit der Ratsmehrheit – das Postulat nicht überwiesen haben.

Jagdschiessanlage Wildstud (René Gutknecht)

Der Regierungsrat beantragt einen Richtplaneintrag für die Erstellung einer neuen, in einer Kiesgrube geplanten Schiessanlage Wildstud in Bülach. Entgegen der SVP, die den Standort in Embrach beibehalten möchte, ist die glp der Meinung, dass Wildstud nur eingetragen werden soll, wenn im selben Zug die Anlagen in Embrach, Meilen und Pfäffikon aufgehoben werden – nicht zuletzt, damit der Standort in Embrach dem Naturschutzgebiet zugeteilt werden kann. Ausserdem unterstützen wir einen Antrag, wonach die Anlage zu 75% der Aus- und Weiterbildung von Jägerinnen und Jäger und nur zu einem kleinen Teil von Sportschützen genutzt werden soll. Mit knappen 86 zu 84 Stimmen gewann dieser Antrag, und die Regierungsratsvorlage erhielt mit den genannten Einschränkungen die Zustimmung des Rats.